



WIRTSCHAFT

Politik der Hängematte.

Braucht Luxemburg noch eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik oder können wir es uns in der öko-sozialen Hängematte gemütlich machen? Eine Art Splendid Isolation vom Rest des europäischen und globalisierten Wirtschaftsgeschehens. Ein Luxemburger Sonderweg, wo Klimaschutz und soziale Umverteilung das einzige Maß aller politischen Dinge sind?

Es geht hier nicht vorrangig um die Frage, ob Luxemburg ein geeigneter Standort für eine Jogurtfabrik ist oder nicht. Es geht auch nicht um die Feststellung, dass Klima und Sozialpolitik legitime Prioritäten einer jeden Regierung sind.

Es ist vielmehr die Frage, ob nicht wenigstens Teile der Regierung die Tatsache aus den Augen verloren haben, dass Wohlstand keine kosmologische Konstante ist, sondern lediglich eine vage Möglichkeit für deren Erfüllung viele Unternehmen jeden Tag hart auf umkämpften Märkten arbeiten müssen.

„Luxemburg braucht weiterhin Investoren, die an unser Land glauben und wir brauchen eingesessene Unternehmen und UNTERNEHMER, die bereit sind Wohlstand zu erarbeiten.“

Die Ambitionen in Sachen Klimapolitik und die weltweite Spitzenposition in Sachen Umverteilungspolitik kosten sehr viel Geld. Geld, das nur durch eine äußerst dynamische Wirtschaft mit sehr konkurrenzfähigen Unternehmen auf Dauer erwirtschaftet werden kann.

Während die Früchte des Wohlstandes allen Parteien schmecken, macht sich in der Regierung und auf der Oppositionsbank zunehmende Ratlosigkeit breit, auf welchen Grundlagen dieser Wohlstand in Zukunft fußen soll.

Wirtschaft scheint nicht mehr so richtig in die Marketingstrategien der Parteien zu passen. Die Liberalen machen Politik für „d'Léit“. Die Grünen für das Klima. Die LSAP für ein nicht näher definiertes Gerechtigkeitsprinzip und die CSV beschäftigt sich mit sich selbst.

Doch wer macht Politik, um das zu finanzieren, was dem Wähler da verkauft werden soll?



Industrie mögen wir nicht, da diese Ressourcen verbraucht. Die Finanzwirtschaft mögen wir aus Prinzip nicht. Kleine und mittlere Unternehmen mögen wir in Sonntagsreden, während wir sie an den restlichen Wochentagen mit stetig ausufernden Auflagen quälen und entmutigen.

Produktivitätsdebatten mögen wir auch nicht, obwohl Produktivität einer der wenigen Hebel ist, über den sich wirtschaftliche und ökologische Interessen widerspruchsfrei vereinbaren lassen. Dieses Potenzial lassen wir aber komplett ungenutzt da es bequemer ist den Gewerkschaften das Wort zu reden mit ihren nicht mehr ganz taufrischen „Arbeit gegen Kapital“ - Parolen.

So kommt es dann auch, dass Regierungsvertreter, Oppositionspolitiker, Umweltaktivisten und ein leicht irritierter Industrievertreter in einer Fernsehtalkrunde zusammensitzen und sich mehrheitlich darüber einig sind, dass im Großherzogtum Luxemburg zusätzliche wirtschaftliche Aktivität nur noch unter Ausnahmsbedingungen erlaubt sein darf. Auf die Frage der Journalistin, wie diese Ausnahmsbedingungen aussehen sollen, und welches Unternehmen aus welcher Branche sich überhaupt noch in Luxemburg niederlassen darf, konnte kein Politiker den Ansatz einer Antwort formulieren.

Betretenes Schweigen bis auf einen lapidaren Verweis auf „irgendeine“ interministerielle Gruppe, die demnächst „irgendeinen“ Nachhaltigkeitscheck ausknobeln wolle mit dem man dann treffsicher die guten Unternehmen ins Töpfchen und die schlechten Unternehmen ins



Kröpfchen tun könne... Gut, dass die meisten internationalen Investoren kein luxemburgisches Fernsehen konsumieren, auch wenn die Business-Intelligence Community derlei Dinge sehr wohl zur Kenntnis nehmen wird.

Trotz allen gegenteiligen Beteuerungen kokettieren sämtliche Parteien mit einer latenten Wirtschaftsfeindlichkeit. „Wir machen Politik für die Menschen, nicht für die Unternehmen“. „Gesundheit vor Wirtschaft“ heißt es in der Coronakrise. „Qualitatives Wachstum“, wobei man in Luxemburg wohl ein Wachstum ohne Unternehmen meint. Pseudo-Gerechtigkeitsdebatten bei dem keiner „seinen“ Gerechtigkeitsbegriff definieren kann oder will.

Im politischen „Dialog“-veranstaltungen wird den Anliegen der Unternehmen die Legitimität abgesprochen. Fast hat es den Anschein als würde es den Parteien im Verhältnis zur Wirtschaft nicht mehr um Verständigungswillen und dem Erreichen eines Konsenses gehen, sondern um die Betonung von Dissens, von dem man annimmt, er würde bei der jeweiligen Wählerschaft besonders gut ankommen.

Natürlich ist wirtschaftliches Wachstum kein Selbstzweck. Luxemburg braucht eine Wirtschaftsstrategie bei der sozialer Zusammenhalt, öffentliche Dienstleistungen und der Erhalt der Umwelt im Mittelpunkt steht. Doch wo sollen in Zukunft die Mittel herkommen, um diese ambitionierten politischen Zielsetzungen zu finanzieren?

Luxemburg braucht weiterhin Investoren, die an unser Land glauben und wir brauchen eingesessene Unternehmen und UNTERNEHMER, die bereit sind Wohlstand zu erarbeiten.

Ein Luxemburg mit weniger „Wirtschaft“ ist aber durchaus möglich. Doch dieser Systemwechsel wird nicht ohne Folgen bleiben. Einige Politiker und Interessenvertreter tun so, als würden mit weniger Wirtschaft lediglich die negativen Folgeerscheinungen des Wachstums verschwinden, während der gewohnte Lebensstandard und die öffentlichen Dienstleistungen in vollem Umfang erhalten bleiben würden... Tatsächlich werden wir uns als Gesellschaft aber relativ schnell entscheiden müssen auf was wir verzichten wollen. Gesundheit, Bildung, Rente, Sozialtransfers, Infrastrukturen, Konsum?

Welche Partei wagt den ersten Schritt in Richtung Verzichtsrhetorik?

Die Bäume, die bis jetzt die Hängematte getragen haben, fangen jedenfalls an morsch zu werden.



Fédération des Artisans
c.reuter@fda.lu
Secrétaire général adjoint
+352 42 45 11 - 28